



I. Allgemeine Informationen

1. Neu: EU-Bürgerinitiative

Sei dem 1.4.2012 haben die EU-Bürger ein direktes Mitspracherecht. Mit einer Million Unterschriften der 500 Millionen Bürger aus mindestens sieben Mitgliedstaaten kann die Kommission aufgefordert werden, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen. Eine Bürgerinitiative kann in jedem EU-Zuständigkeitsbereich initiiert werden, z.B. im Bereich Umwelt, Landwirtschaft, Verkehr oder öffentliche Gesundheit. Sofern die Kommission dem Begehren nicht nachkommen will, muss sie ihre Entscheidung öffentlich begründen. Das Europäische Parlament (EP) hat 9 Fragen und Antworten veröffentlicht, die Auskunft über die Durchführungsbestimmungen der Europäischen Bürgerinitiative geben. Das EP hatte die Europäische Bürgerinitiative im Dezember 2010 verabschiedet, die nun am 1. April in Kraft getreten ist.

Die 9 Fragen und Antworten finden Sie unter <http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20101209BKG08308/html/F>

[ragen-und-Antworten-zur-B%C3%BCrgerinitiative](#)

Weitere Informationen zum Starten einer EU-Bürgerinitiative sind unter folgendem Link aufrufbar:

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de>

2. EU-Mafia-Sonderausschuss

Das EP hat einen Sonderausschuss zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens eingesetzt. Der Ausschuss soll die Unterwanderung von Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung und Finanzsystemen durch das organisierte Verbrechen in den EU-Ländern untersuchen und das Ausmaß der Einflussnahme auf Wirtschaft und Gesellschaft prüfen. Als Ergebnis werden Empfehlungen für Gesetzesvorlagen zur Bekämpfung organisierten Verbrechens erwartet, die diese Bedrohung auf internationaler, nationaler und europäischer Ebene angehen.

Die Pressemitteilung des EPs finden Sie unter <http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2012/Aktuell2012Maerz/Maerz-6.html>

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

1. Mehr Rechte für Grenzgänger

Selbstständige Berufstätige erhalten künftig mehr Rechte bei Arbeitslosigkeit, und mobile Arbeitnehmer bei der Sozialversicherung. Das EP stimmte entsprechenden Änderungen zweier Verordnungen zur Koordinierung der Sozialsysteme zu. Die Kommission hatte die Überarbeitung der Verordnungen bereits Ende 2010 vorgeschlagen. Die Änderungen sollen den jüngsten Entwicklungen in der grenzüberschreitenden Mobilität von Beschäftigten Rechnung tragen. Mobile Arbeitnehmer müs-

sen damit künftig in dem Land sozialversichert werden, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Mit dem Prinzip der Heimatbasis werden gesetzliche Schlupflöcher gestopft, die es z.B. Flugunternehmen bisher erlaubten, die für das Unternehmen günstigsten Sozialversicherungsregeln auf ihre Besatzungsmitglieder anzuwenden.

2. Restrukturierung der Energiebesteuerung

Das EP hat den Vorschlag der Kommission zur Änderung der Richtlinie 2003/96/EG zur Re-

strukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom deutlich abgeschwächt und eine höhere Besteuerung von Dieselmotorkraftstoff verhindert. Ziel der Kommission war es, die Rahmenvorschriften zur Besteuerung auf die Ziele ihrer Energie- und Klimapolitik abzustimmen. Dazu sollte eine neue Methodik zur Kalkulierung der Mindeststeuersätze von verschiedenen Energieerzeugnissen eingeführt werden. Diese neue Berechnungsart soll Kraftstoffe nach Energiegehalt und CO₂-Emissionen einheitlich besteuern. Dies hätte zu einer massiven Erhöhung des Steuersatzes für Diesel geführt. Denn da Diesel energiehaltiger ist als Benzin, würde sich das auch in einer höheren Besteuerung niederschlagen. Der Einzelpunkt hinsichtlich der Dieselsteuer konnte durch einen Vorschlag der EVP -Fraktion abgewendet werden. Ich habe jedoch darüber hinaus auch insgesamt gegen den Änderungsvorschlag der Kommission gestimmt. In der momentan schwierigen wirtschaftlichen Lage wäre dies das falsche Signal an Bürger und Wirtschaft.

3. Abstimmung Fluggastdatenabkommen

Das umstrittene Abkommen über die Weitergabe europäischer Fluggastdaten an US-Behörden kann im Mai in Kraft treten. Das EP hat die Vereinbarung befürwortet. Für das Abkommen stimmten 409 Abgeordnete, dagegen 226 bei 33 Enthaltungen.

Die neue Regelung ersetzt ein seit 2007 vorläufig angewandtes Abkommen, das vom EP aufgrund von Datenschutzbedenken abgelehnt worden war. Da die neuen Regeln mehr Rechtssicherheit für Bürger und Fluggesellschaften bieten als das derzeitige Abkommen, habe ich für das neue Abkommen gestimmt.

Mit dem Abkommen sind die Fluggesellschaften verpflichtet, den US-Behörden Zugriff auf bis zu 19 persönliche Daten der Passagiere wie Anschrift, Kreditkarten- oder Sitzplatznummer zu gewähren, die diese beim Ticketkauf angegeben werden müssen. Die Daten werden bis zu fünf Jahre lang aufbewahrt und dann für maximal weitere zehn Jahre in eine ruhende Datenbank überführt, auf die nur unter strikten Bedingungen zugegriffen werden kann.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Debatte zur wirtschaftlichen Lage in der Eurozone
- Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht
- Ansprache des jordanische Königs Abdullah II.
- Lage in Syrien
- Einheitliche Bemessungsgrundlage bei Unternehmensbesteuerung
- Entschließung zum Jahresbericht der Menschenrechte 2010

- Aussprache mit Kommissar Rehn über die Finanzsituation Spaniens

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:
<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Oldenburger Str. 97
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion